№ 3. Berlin, den 27. Mai 1848.

Der Demokrat.

Herausgegeben
von
Baader, Massaloup und Wiss.

Dieses Journal erscheint wöchentlich in 3 Nummern. Preis für 12 Nummern 10 Sgr. praenumerando; einzelne Nummern à 1 Sgr. Auswärts nach Verhältniß des bestehenden Postaufschlags. — Alle Postämter und Buchhandlungen des In- und Auslandes nehmen Bestellungen auf dasselbe an. Expedition: W. Fähndrich & Co., Charlott.-Str. 50, a. Gensdarmenmarkt.

Unsere Domainen.

Sind unsere Domainen ferner noch als Staatseigenthum beizubehalten, oder dürfte es für die allgemeine Wohlfahrt der Nation vortheilhafter erscheinen, dieselben unter die ländliche Bevölkerung zu vertheilen?

(Fortsetzung.)

Dieser Kram ist also faul. — Auf welche Weise soll aber der Ausfall gedeckt werden? Am sichersten doch wohl durch die solidarische Verbindlichkeit des gesammten Volkes.

Uebernehmen wir aber einmal den Ausfall, so können wir auch die gesammte Staatsschuld auf diese Weise garantiren.

Da wir aber die Staatsforsten in gegenwärtiger Zeit möglichst fürsorglich verwalten, und daher als Staats-Eigenthum beibehalten müssen, so würden bei dem zeitherigen Netto-Ertrage von 2,022,961 Thlr. dieselben ein Grundcapital von 57,798,886 Thlr. gewähren, was im Verhältniß zum gegenwärtigen Holzwerth ungemein gering erscheint, wie wir gleich zeigen werden.

Nach Pfeil haben wir pptr. 13 Millionen Morgen Waldboden; es würde daher hiernach durchschnittlich der Morgen Waldboden (bestandener und nicht bestandener) einen Capitalwerth von pptr. $4\frac{1}{2}$ Thlr. haben.

Dies ist denn doch ein zu fabelhafter Werth. Soll damit der Boden oder der Holzwerth, oder soll beides damit bezahlt sein? — Wohl Keiner von beiden.

Wir sehen sonach, daß alle calculatorischen Angaben des alten Regimes mehr oder weniger in der Luft hängen, und daß es Zeit war, uns vom gänzlichen Untergange zu retten.

Die Revolution vom 18. und 19. März kam wirklich zum Heile der Nation, und ist daher auch als ein Verhängniß höherer Macht zu betrachten.

Nehmen wir das Domainen-Aerar zu 1,400,000 Magdeburger Morgen an, so würden wir — wenn wir die Familie nach dem höchsten Durchschnittssatze zu 6 Köpfen und für jede Familie eine Fläche von 20 Morgen rechnen (je nach der Oertlichkeit und den Absatzverhältnissen mehr oder weniger) — mit diesem Areale 70,000 Familien oder aber 420,000 Menschen colonisiren, die jedenfalls dem Boden die höchstmöglichste Rente abzugewinnen suchen würden, da unsere Domainen größtentheils guten Boden haben, wenigstens ³/₈ derselben (nämlich 107) in einer der gesegnetsten Provinzen des Landes, in der Provinz Sachsen, belegen sind.

Was für glänzende Resultate würden sich für die Hebung des allgemeinen Wohlstandes durch diese Maßregel herausstellen!

Die National-Oekonomen — hierunter verstehen wir in Preußen nur unsere Amtsräthe — würden hierüber freilich ein gewaltiges Geschrei erheben und sagen: wer soll nun dem kleinen Landwirth als nachahmungswerthes Beispiel vorangehen, wer soll denn die Musterwirthschaften führen? —

Wir erklären ihnen hierauf: Ihr habt sie wahrlich bis jetzt auch nicht geführt, weil ihr zu heißhungrig wart, weil ihr auf unseren Staatsgütern nicht ökonomisch, sondern wucherisch gehaus't habt und noch haus't.

Die großen Musterwirthschaften haben bis jetzt nur unsere reichen Privat-Grundbesitzer in's Leben treten lassen, Leute, denen es nicht sowohl auf Gewinn als auf Hebung der Agricultur-Industrie ankam.

Sie werden auch ferner in der Agricultur Bahn brechen müssen, da ihnen die meisten Mittel zu großartigen Versuchen zu Gebote stehen. —

Und wie haben diese Herren Domainenpächter das Land genutzt, welches sie der arbeitenden Klasse zum Kartoffelbau pachtweise und in einzelnen Quadratruthen überließen? Zu 10 — 15 Thlr. den Morgen!

Ist das nicht ein scheußlicher Wucher?

Darum dürfte es an der Zeit sein, die bis jetzt bestandenen Pachtverhältnisse auf unseren Domainen aufzuheben. Letztere sind zwar in neuester Zeit gewöhnlich auf 24 Jahr verpachtet worden, ohne daß sich die Centralbehörde in den Pachtbedingungen irgend wie die Rückgängigkeit des Contracts vorbehalten hätte. Es wird daher seine Schwierigkeiten haben, die bestehenden Verhältnisse aufzulösen, allein sie müssen aufgelös't werden, selbst wenn der Staat jetzt nicht unbedeutende Opfer zu bringen hätte. Besser diese Opfer bringen, als noch 10 — 20 Jahre die alte Wirthschaft fortbestehen lassen. Wir werden bei allen zu bringenden Opfern dennoch im Vortheil stehen.

Was wird aber die Staatskasse bei dieser Umwälzung profitiren? Wird dadurch eine höhere Einnahme erzielt werden?

So wird gewiß Mancher fragen. Gut! Auch hierauf werden wir die Antwort nicht schuldig bleiben.

Bedenken wir, daß nach der Volkszählungsliste des preußischen Staats vom Jahre 1843 (die neueste liegt uns augenblicklich nicht vor) auf die Gesammtzahl der Bevölkerung, ausschließlich Neuenburg und Velandy, welche zumal in neuester Zeit

abgefallen sind, 15,471,765 Seelen kommen, und daß hiervon auf die Städter 4,263,413 und auf die Landbewohner 11,208,352 Seelen zu rechnen sind, so stellt sich dabei heraus, daß von 363 Menschen 263 auf dem Lande wohnen, also von 100 circa 72, oder aber ¾ der preußischen Bevölkerung dem Landbau angehören, von denen allein 1,057,694 Köpfe auf die zum landwirthschaftlichen Betriebe verwendeten männlichen und weiblichen Dienstboten zu rechnen sind. Es läßt sich daher um so mehr die Aufforderung rechtfertigen: dafür Sorge zu tragen, kleinere Wirthschaften zu begründen. Rechnen wir durchschnittlich 20 Familien zur Bildung eines Dorfes, so würden wir nach den vorangeschickten Angaben ungefähr 3500 neue Ortschaften durch unser Domanial-Aerar bilden. Aber angenommen selbst, es sollten deren nur 2000 entstehen, so liegt es doch auf der Hand, daß dadurch der allgemeine Wohlstand der gesammten Landbewohner sich wesentlich heben wird; denn die höhere Staatseinnahme ist durchaus nicht maßgebend für den Wohlstand der Bevölkerung eines Landes. Eben so wenig die Seelenzahl. —

Wenn in der neueren und neuesten Zeit Schriftsteller auftraten und auf bessere Bodenbenutzung, auf Urbarmachung einzelner Landstriche hindeuteten, so hieß es gewöhnlich: woher den Boden nehmen, da bereits jede Scholle Land in unserm Vaterlande bestmöglichst genutzt wird. Es giebt kein Land mehr, welches urbar gemacht werden könnte.

Man hatte von beiden Seiten nicht Recht, weil man nicht tief genug in die Verhältnisse eingegangen war.

Es giebt noch sehr viel Land, was zur allgemeinen Hebung des Wohlstandes der Nation besser verwendet werden kann, als dies zur Zeit geschieht.

Vorerst sind dies unsere Domainen, und nächstdem dürfte es dasjenige Areal sein, welches in Preußen die Geistlichkeit als theilweises Einkommen in Nutzung hat.

Daß diese letztere Einrichtung noch bis auf heute in einem civilisirten Staate hat bestehen können, grenzt wirklich an das Unglaubliche. Unsere frühere Staatsregierung hätte, bei ihrem unermüdlichen Wirken für den Himmel, doch auch mal so viel nüchterne Irdischkeit haben können, um einzusehen, daß diese Pfarrdotationen im strictesten Widerspruche mit ihrem religiösen Streben stehen; denn es ist doch nicht zu läugnen, daß durch diese verdrehte Einrichtung unsere Landprediger mehr den Character des Bauern, als den eines Seelsorgers angenommen haben. Der Verfasser hatte vielfach Gelegenheit, nähere Einsicht in diese corrupten Verhältnisse zu haben, und hat denn auch sein blaues Wunder gesehen. Dieser Unsinn muß auch schwinden! Der Geistliche darf keinen Grundbesitz mehr haben, weil hierin der Grundstoff aller Demoralisation des Landvolkes zu suchen ist. Wie soll der Bauer, der Tagelöhner, der Knecht, die Magd, Ehrfurcht und Achtung vor dem Geistlichen haben, wenn sie sehen, wie sein Thun und Treiben im stricten Widerspruche mit seinen Lehren steht? Da er dagegen verstößt, werden sie erst recht dagegen verstoßen.

Darum hebe man diese bisher bestandenen Verhältnisse auf.

(Schluß folgt.)

Das deutsche Parlament in Frankfurt am Main.

Das deutsche Parlament hat seine Sitzungen begonnen. Sein erster Akt war: einen Präsidenten, Herrn Minister Heinrich v. Gagern, und einen Vicepräsidenten, v. Soiron, zu erwählen.*) Es läßt sich kaum voraussehen, welchen Charakter diese wunderbare Versammlung annehmen wird. Aus den widersprechendsten Elementen zusammengesetzt, aus den verschiedensten Wahlarten unter ungleichen Verhältnissen und Einflüssen hervorgegangen, schließt es die Söhne der verschiedensten Zeiten in sich; die Männer von 1830 und von früher, die Männer von 1840 und die Männer von 1850, die Männer der heutigen Bewegung, ein Januskopf, der zurück und vorwärts blickt, vielleicht auch auf die Seite schielt, das Chaos eines halben Jahrhunderts, berufen, das erlösende Wort zu sprechen, den bestimmten Weg zu zeigen, der die Früchte der deutschen Revolutionen sichert. Wir wollen nicht vorgreifen und Verfassungsentwürfe proklamiren, wie die meisten Journale; wir wollen an der Schwelle sitzen als Volkstribunen und unser Veto in den alten Römersaal rufen, wenn die Rechte des verjüngten deutschen Volkes durch altrömische oder neumachiavellistische Gesetze gekränkt werden; halten aber unsern positiven Rath nicht zurück, soweit er aus der Erfahrung demokratisch durchgebildeter Völker so wie aus dem unbefangenen Verständniß der Zeit geschöpft ist. Das Vorspiel, das der Eröffnung des Parlaments voranging, ist keiner Erwähnung werth; die Absurditäten des Fünfziger Ausschusses haben in ganz Deutschland ihre lauten Rügen erfahren. Wenn aber der Präsident desselben in der letzten Sitzung durch Verdächtigung der demokratischen Parthei jenen altdeutschen Ammenmährchen des Ausschusses Relief geben will, so zeigt er, daß die Arbeit desselben nicht blos an der Unfähigkeit seiner Mitglieder, die Zeit zu begreifen, sondern auch an ihrer Unredlichkeit gescheitert ist. Er sagt: „Der Ausschuß hat deshalb einstimmig den Grundsatz aufgestellt und festgehalten, daß er mit eben so viel Kraft und Entschiedenheit der Anarchie wie der Reaction entgegenzutreten habe. Diesen Grundsatz hat der Ausschuß niemals aus dem Auge gelassen; er mag dadurch Diejenigen verletzt haben, welche zwar äußerlich die Anarchie verdammen, sich aber im Innern Hoffnung auf den Erfolg derselben machen; der Ausschuß mag dadurch auch Diejenigen gekränkt haben, welche sich hüten, von der Reaction zu sprechen, ihre Reactionsgelüste aber trotzdem im Busen tragen.“ Wenn dieser sublime Ausschuß das ernste und entschiedene Bestreben, die Neugestaltung Deutschlands aus den unverfälschten primären Elementen der Demokratie, aus dem unverrückbaren Prinzip der Selbstregierung hervorgehen zu lassen, mit dem Namen „Anarchie“ verdächtigt, wenn er dadurch seinen Rückschritt verhüllen will, daß er dem Bürger Furcht vor neuen großen Bewegungen einjagt — nun dann begreife ich nicht, weshalb er seine Sitzungen nicht im Schooße der Spießbürger von Krähwinkel

---

*) Wir müssen voraussetzen, daß allen Lesern die Verhandlungen bekannt sind und können uns vorläufig nur kritisch später rathgebend verhalten.

abgehalten, weshalb er es vorgezogen auf der Warte deutscher Freiheit, im Angesichte des ganzen deutschen Volkes eine mittelalterliche Farce zu spielen. Ein Justemilieu, das seine Zuflucht im Mittelalter sucht, ohne an dieses geschichtlich anknüpfen zu können, das nicht eine Ruine vertheidigt, nein! wie die Reform es treffend darstellt, eine alte Ruine neu baut, sollte sich hüten, die ganze demokratische Bewegung mit dem Namen „Anarchie" verdächtigen zu wollen, einem Worte, das nur den alten Weibern der Politik und den Unwissenden Schrecken einjagt. Dafür faßt der Ausschuß die Reaction so schonend mit Glaçehandschuhen an, daß wir nicht zweifeln können, jene Verdächtigung habe einen positiven Hintergrund.

In der ersten Sitzung des Parlamentes nichts Bemerkenswerthes als die Bemerkung des Herrn Zitz, welcher es der Versammlung unwürdig findet, auf die leeren Complimente (als welche er die Adresse der nebenherlaufenden Bundesversammlung an das deutsche Parlament bezeichnet) überhaupt nur zu antworten. Bravo!! Wir halten auch dafür, daß die Bundesversammlung mit dem Observationscorps in Bamberg in näherer Beziehung steht, als mit dem deutschen Parlament. (Fortsetzung folgt.)

Wiß.

Was ist zu thun?

(Schluß.)

Darum wollen wir uns auch nicht mit süßen Worten einschläfern lassen, sondern wach sein und selber für unser Wohl Sorge tragen. Wer sich nicht selbst den Grundstein für die Wohlfahrt seiner Zukunft legt, und sich hierbei lediglich auf Andere, und zumal auf Beamte verläßt, der wird sich früher oder später arg getäuscht sehen und finden: daß er sein Haus auf Sand gebauet hat.

Ihr habt ja Geisteskraft genug in Euch, um der Staatsregierung eben so gut Vorschläge machen zu können, wie der Adel und Bürger.

Wer stets bittet und bettelt ist ein Almosener, und muß sich's auch gefallen lassen, was er bekömmt, und mit dem Geschenke zufrieden sein.

Wo sich's aber um die Herstellung der Rechte eines freien Volkes handelt, braucht man nicht zu betteln, da kann man verlangen, ohne deshalb nur im Entferntesten den gesetzlichen Weg zu verlassen, den Ruhe und Ordnung vorschreiben.

Ihr sollt ja auch nicht für euch, ihr sollt für die Gesammtheit sprechen, denn jedes Einzeln-Interesse muß in der Gesammtheit aufgehen.

Wir glauben nicht, daß einer unter euch ist, der nicht mit uns in die Worte ausbräche: auch wir wollen frei sein, auch wir wollen uns an der Staatsregierung betheiligen, weil wir ja ein Theil der Staatsgesellschaft sind. Wir wollen die andern Stände nicht für uns arbeiten lassen, sondern ebenfalls mitarbeiten, denn wir sind ja eben die arbeitende Klasse.

Zeigen wir der Gesellschaft, daß wir nicht bloß körperliche, sondern daß wir auch geistige Kräfte besitzen, um an dem Aufbau einer neuen besseren Zeit des einigen Deutschlands thätig mitarbeiten zu können. —

Wer für sich arbeiten und zumal geistig arbeiten läßt, bekömmt gewisse Verpflichtungen der Dankbarkeit, und weiß am Ende trotz dieser Verpflichtungen nicht, ob er mit dem zufrieden sein kann, was man für ihn gethan hat. Hat aber der gesammte Arbeiterstand Theil genommen an der Organisation der neuen Staatsmaschine, so können seine Glieder auch im Voraus überzeugt sein, daß sie nach vollbrachter Arbeit mit den Resultaten dieser neuen Schöpfung – der Verfassung, — zufrieden sein werden. Darum dürfte es angemessen erscheinen, wenn alle Arbeiter-Vereine der Residenz einen Centralausschuß erwählten, der sich mit den Vereinen in den verschiedenen Provinzen in Verbindung zu setzen hätte, um einen Central-Ausschuß aller Arbeiter-Vereine des gesammten Vaterlandes, einen allgemeinen Arbeiter-Congreß zu bilden, welcher sodann der Staatsregierung die Propositionen für die verschiedenen, nothwendigen Reformen zu machen hat, durch welche indirect die Lage der arbeitenden Klasse endlich mal, und zwar auf gesetzlichem Wege, gebessert wird.

Darum vor allen Dingen, ihr Arbeiter, Hand an's Werk! Bildet in euren Vereinen die **Ausschüsse**, bildet durch eure Verbindung mit den Provinzial-Vereinen den **allgemeinen Arbeiter-Congreß**, und seid versichert, daß ihr in Letzterem eine weit größere Garantie für die Verbesserung eurer Lage haben werdet, als in dem beantragten, viel besprochenen **Arbeiter-Ministerio.**

Nicht direct, wohl aber indirect ist eure Lage wahrhaft zu verbessern*).

Massaloup.

Protest

gegen den preußischen Verfassungs-Entwurf.

Die allgemeine Entrüstung, welche der ministerielle Entwurf der preußischen Verfassung hervorgerufen, hat die sämmtlichen demokratischen Gesellschaften im Vereine mit den Bürgern und Einwohnern Berlins zu einer gemeinschaftlichen Adresse an die constituirende Versammlung veranlaßt. Wir theilen dieselbe zum Zwecke einer größeren Verbreitung hier unten mit und bitten Alle, die mit dem Inhalte dieses Protestes einverstanden sind, denselben zu unterzeichnen oder Adressen in gleichem Sinne an die constituirende Versammlung zu erlassen. Exemplare zur Unterschrift sind in den Localen der verschiedenen demokratischen Vereine, in der Expedition dieses Blattes, in mehreren Buchhandlungen u. s. w. aufgelegt, und andere cirkuliren in den verschiedenen Bezirken.

„An die hohe constituirende Versammlung in Berlin.

Mit Staunen und Unwillen haben die Unterzeichneten den von den Ministern der constituirenden Versammlung vorgelegten Verfassungs-Entwurf gelesen.

Mit Staunen, denn, obwohl sie wußten, daß nach den Revolutionen der Völker reactionäre Versuche gewöhnlich und natürlich sind, so konnten sie doch nicht erwarten, daß diese Versuche von

---

*) An diesen, als Einleitung zu betrachtenden Artikel werden mehrere, die Organisation der Arbeit besprechende Aufsätze gereihet werden. Die Redaction.

denjenigen ausgehen würden, welche ihr Amt aus den Händen der Revolution selbst empfangen hatten.

Mit Unwillen, denn sie sehen in dem Verfassungs-Entwurf die schon zugesicherten Errungenschaften der Revolution, wie das allgemeine Bewaffnungsrecht, diesen größten Schirm der Freiheit übergangen, sie finden in demselben keine Erwähnung des Volks, keine Zusage an die Arbeiter, keine Garantieen der Erziehung und Bildung für die Mittellosen; statt einer allgemeinen gleichen politischen Berechtigung zeigt man ihnen eine magere Gleichheit vor dem Gesetz, man denkt an eine Vermehrung des Adels und an die Schöpfung einer erblichen Geld-Aristokratie; ja, nicht genug damit, man wagt sich an die heiligsten und unantastbarsten Güter des Volks, zwar nicht offen und kampflustig, wie es Männern geziemt, sondern durch hinterlistige und zweideutige Clauseln und durch die Verweisung auf Gesetze, welche dadurch, daß man sie von der Verfassungsurkunde selbst ausschließt, jeder festen Bürgschaft entbehren.

Die Unterzeichneten sind von den Vertretern der Nation überzeugt, daß sie diese Gefühle theilen und daß sie weder die großen Gedanken der Zeit, noch die natürlichen Rechte des Volks, dessen Willen sie darstellen, verrathen werden. Aber sie haben auch geglaubt, daß es nützlich sei, wenn die Stimme des Volks sich zu der Stimme seiner Vertreter geselle, und ein einziger großer Schrei des Unwillens einem Ministerium antworte, dessen Willkür mit seiner Gewöhnung an die Macht wächst.

Die Unterzeichneten protestiren daher aufs feierlichste gegen den Entwurf der Verfassung, so wie gegen den Gedanken, daß dieselbe durch eine Vereinbarung zwischen Volk und Krone zum Gesetze werden soll. Sie verlangen von der National-Versammlung im Namen der Revolution und der Volkssouveränität, daß sie beides, Entwurf und Vereinbarung, als ihrer unwürdig, bei Seite schiebe, daß sie sich als den durch den Volkswillen geschaffenen, unumschränkten Ausdruck der Volkssouveränität betrachte, und nach dem Recht der Revolution und im Geiste der Zeit aus sich heraus die Freiheiten des Volks in ihrer unverkürzten Gestalt gesetzmäßig feststelle."

Adresse

an die Bürger von Mainz.

Donnerstag, den 15. Mai kamen in der Sitzung des demokratischen Clubs die blutigen Vorgänge in Mainz und die Entwaffnung der dortigen Bürger zur Sprache. Sie wurden mit lauter Entrüstung vernommen, und die aus 4—5000 Zuhöreren bestehende Versammlung beschloß einstimmig die folgende Adresse:

Bürger von Mainz!

Auch die Straßen Eurer Stadt hat jetzt die mordlustige Soldateska mit Eurem Blute bespritzt. Wie jüngst die Truppen Eures Landes im Dienste der Fürstengewalt das Blut eines edlen Bruderstammes, des badischen Volkes, vergossen haben, — so waren es diesmal in Eurer Stadt Söhne unseres, des preußischen Volkes, die, entmenscht durch das scheußliche System monarchischer Politik, in Euren Reihen gemordet haben.

Mit Scham und Entrüstung haben wir Männer von Berlin es vernommen. Wir fühlen uns gedrungen, Euch diese unsere Gefühle kund zu geben. Bald ist kein Ort mehr im deutschen Vaterlande, an dem die rothe Saat deutschen Volksbluts nicht gesät ist.

Bürger von Mainz! Diese Saat wird aufgehen und reifen. Wenn aber das deutsche Volk Ernte hält, dann, so seid hiermit versichert, wird das Volk von Berlin nicht unter den Schnittern fehlen.

Berlin, den 25. Mai 1848. **Der demokratische Club.**

Wit v. Doering.

Durch Anschlagzetttel an den Ecken der Straßen fordert Herr Wit v. Doering auf: die Staatsanwälte v. Kirchmann nnd Temme in Anklagezustand zu versetzen. Man muß sich billig wundern, daß ein Mann mit Antecedentien, wie Herr Wit v. Doering hat, überhaupt sich öffentlich zu zeigen wagt, Entrüstung muß es aber erregen, wenn er auch in jetziger Zeit wieder anklagen will. — Herr Wit v. Doering hat im Jahre 1819 sich allerdings als Ankläger bewährt — Er

begab sich damals unter die Burschenschaft und nachdem er sich in das Vertrauen seiner Mitstudenten eingeschlichen, verrieth er dieselben. — Möge man über die politischen Ansichten des Herrn v. Kirchmann und Temme denken, wie man will, möge man den Mißgriff, welchen Herr v. Kirchmann bei dem Schlöffelschen Prozeß begangen, noch so hoch anschlagen, — ein Mann wie Wit v. Doering hat nicht das Recht, sich als ihr Ankläger aufzuwerfen.

Sitzungen

der ersten National-Versammlung Preußens.

Die ersten beiden Sitzungen der National-Versammlung vom 25. und 26. Mai c. bieten außer der Wahl eines Präsidenten, an die Stelle des Alters-Präsidenten Herrn v. Schön, kein erhebliches Interesse, da es sich fast nur allein um Prüfung der verschiedenen angefochtenen Wahlen handelte. Wichtig jedoch ist, wie schon erwähnt, die am 26ten erfolgte provisorische Wahl des Präsidenten und zwar in der Person des Herrn Milde von Breslau. Die beiden auf der engeren Wahl befindlichen Candidaten waren Milde (von der Rechten) mit 204, und Waldeck (von der Linken) mit 168 Stimmen.

Man ersieht hieraus, daß die Oppositionspartei, die entschieden demokratische, in der Minorität sich befand, obgleich bei der ersten Abstimmung durch Stimmzettel die Linke für verschiedene Candidaten aus ihrer Mitte, zusammen 205 Stimmen zählte, während die Rechte nur 169 hatte, wie dies folgende Uebersicht näher verdeutlicht:

Namen der gewählten Abgeordneten.	Stimmzahl von der Rechten vom Centro	 von der Linken
Waldeck	—	156
Milde	162	—
Dunker	1	—
v. Kirchmann	—	8
Esser	—	35
Uhlich	—	5
Pinder	5	—
Grabow	1	—
Weichsel	—	1
zusammen . .	169	205

Hiernach zu schließen, läge die Niederlage der Linken einzig und allein in dem Uebergange der rheinischen Deputirten, welche für Esser gestimmt; da deren Stimmenzahl, zu der der Rechten und des Centrums hinzugerechnet, genau die bei der engeren Wahl für Milde hervorgegangene Stimmenzahl 204 ergiebt.

Der erste Feldzug der Partheien hat sonach für die Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung einen milden Ausgang gehabt.

R.

Bescheidene Anfrage.

Wie kann der Finanzminister verlangen, daß die Staatsbürger ihre Pretiosen zur Deckung der Staatsausgaben opfern, wenn sich darunter beispielsweise

18000 Thlr. jährliche Pension für den Exminister von Werther, der solche schon 10 Jahre bezieht, und dessen Leistungen mit 200 Thlr. jährlich splendid bezahlt worden wären — und 8000 Thlr. jährliche Pension seit 1831 für den Exminister von Kamptz, der für seine wahren Verdienste um den Staat höchstens 50 Thlr. jährlich verdient hätte,

befinden. Diese beiden kostbaren Volksfreunde haben also blos an Pensionen 316000 Thlr. — Zinsen ungerechnet — als Sündensold aus unseren Mitteln erhalten, — eine Summe, welche hinreicht, um **1580** Familien à 200 Thlr. ein Jahr lang zu unterhalten.

Und diese „Verbrechen an dem Eigenthum der Nation" gehen ruhig fort — ohne daß die Bürgerwehr einschreitet!

Junius.

Verlags-Expedition: W. Fähndrich & Co., Charlottenstr. 50, am Gensdarmenmarkt.

Verantwortlicher Redacteur: **W. Fähndrich.**

Schnellpressen-Druck von **Ferd. Reichardt & Co.,** Spandauer-Straße 49.